

21. Beilage im Jahr 2026 zu den Sitzungsunterlagen des XXXII. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 21/2026

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 11.02.2026

Betreff: Gleiche Qualität für alle Kinder: Einheitliche Mindeststandards in Vorarlbergs Kleinkindbetreuung

Sehr geehrter Herr Präsident,

die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für Chancengerechtigkeit, Teilhabe und lebenslanges Lernen. NEOS verfolgen das Ziel, beste Bildung zum Standard zu machen, damit jedes Kind in Österreich sein volles Potenzial ausschöpfen kann – unabhängig von Herkunft und Postleitzahl. Dazu gehört, dass bereits in der Kleinkindbetreuung hochwertige Rahmenbedingungen herrschen, die den Bedürfnissen der Kinder und der Familien gerecht werden. Derzeit sind die Rahmenbedingungen für Kindergärten in zentralen Bereichen wie Gruppengrößen, Betreuungsschlüssel und Qualifikation des Personals von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. Neun Bundesländer, neun gesetzliche Regelungen. Diese Uneinheitlichkeit führt nicht nur zu unterschiedlichen Betreuungs- und Bildungsqualitäten, sondern erschwert auch die Mobilität und Einsatzfähigkeit von Assistenzkräften – etwa dann, wenn Abschlüsse oder Qualifikationen länderübergreifend nicht anerkannt werden.

Im Rahmen der laufenden Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat NEOS-Bildungsminister Christoph Wiederkehr daher erneut vorgeschlagen, bundesweit einheitliche Mindeststandards für Kleinkindbetreuungen gesetzlich zu verankern. Ziel ist ein bundesweiter Mindeststandard-Korridor, etwa bei Berufsbild, Betreuungsqualität und Personalqualifikation, der gleichzeitig Spielraum für die Länder lässt, diese Standards bei entsprechender Investitionsbereitschaft zu übertreffen. Ein Mindeststandard auf Bundesebene würde Klarheit, Verlässlichkeit und Qualität in der Kindergartenbetreuung stärken. Er stellt sicher, dass Kinder österreichweit vergleichbare grundlegende Bildungs- und Betreuungsbedingungen vorfinden – statt eines Fleckerteppichs unterschiedlicher Regelungen. Gleichzeitig kann ein einheitlicher Rahmen dazu beitragen, den akuten Fachkräftemangel in der Elementarpädagogik abzufedern, indem Qualifikationen vergleichbar und einfacher anerkennbar werden.

Vor diesem Reformbedarf ist es erforderlich, dass das Land Vorarlberg den Dialog über bundesweit einheitliche Mindeststandards aktiv mitgestaltet. Eine fundierte Bestandsaufnahme und eine klare Positionierung der Landesregierung sind zentrale

Voraussetzungen, um den Reformprozess konstruktiv zu begleiten und Qualität sowie Chancengerechtigkeit für unsere Kinder und Mobilität für alle Pädagog:innen im frühkindlichen Bildungsbereich nachhaltig zu stärken.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1. sich im Rahmen der *Reformpartnerschaft Österreich* klar dafür einzusetzen, bundesweit einheitliche und verbindliche Mindeststandards für Kleinkindbetreuungen zu schaffen sowie deren Umsetzung in Vorarlberg sicherzustellen,**
- 2. dem Landtag eine konkrete Stellungnahme zur Initiative des Bundesministers für Bildung betreffend bundesweit einheitlicher Mindeststandards für Kleinkindbetreuungen vorzulegen, sowie insbesondere darzulegen, welche Möglichkeiten und Grenzen Vorarlberg in der Umsetzung sieht und wie ein einheitlicher Mindeststandard durch die Zusammenarbeit von Bund, Land und Gemeinden realisiert werden kann.“**

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Fabienne Lackner

LAbg. Mag. Katharina Fuchs